



Gesundheit ist ein hohes Gut

Koalitionsvertrag

Union und SPD haben nicht den Mut zur durchgreifenden Pflegereform (Dezember 2013)

Aufgrund der sicheren Mehrheitsverhältnisse im Deutschen Bundestag hätte die große Koalition die Möglichkeit gehabt, bereits vertraglich überein zu kommen, eine umfassende Reform des Pflegegesetzes im Sozialgesetzbuch XI anzukündigen. Es ist anders gekommen. Die Inhalte sprechen eher dafür, dass die neue Bundesregierung keine hohe Priorität der Pflege für die Hilfebedürftigen und ihre Angehörigen anstrebt. Die finanzielle Lage der Pflegebedürftigen hat sich aus Gründen des Eigenanteils dramatisch verschlechtert. Annähernd 40% der Heimbewohner und 20% in der ambulanten professionellen Pflege der Stufe 2 müssen Sozialhilfe beantragen und immer mehr erwachsene Kinder werden zur Kasse gebeten. Dramatisch ist auch die qualitative und quantitative Situation in den Pflegebetrieben. Die Beseitigung dieser Defizite sind im Koalitionsvertrag wenig konkret verabredet. Es ist überhaupt schwierig, die Vereinbarungen aufzulisten, so dass das Gefühl aufkommt, der Staat will nicht wirklich „Nägel mit Köpfen“ machen.

Die Änderungsabsprachen der Koalitionspartner sind hier aufgelistet:

- Pflege muss für alle Menschen, die auf sie angewiesen sind, bezahlbar bleiben.
- Die Pflegebedürftigkeit soll besser anerkannt werden. Aufgrund einer Expertenkommission soll der Begriff der Pflegebedürftigkeit neu beschrieben werden. Die Begutachtungssystematik soll wissenschaftlich erprobt und geprüft werden.
- Zur Stärkung der ambulanten Pflege werden die Leistungen im ambulanten und stationären Bereich weiter angeglichen werden.
- Die Betreuungsleistungen werden weiter ausgebaut. Bei einem Schlüssel von 1 Betreuungskraft auf 20 Pflegebedürftige (Planungsziel: In den stationären Einrichtungen sollen bis zu 45.000 Betreuungskräfte tätig werden).
- Die Zuschüsse für das Wohnumfeld sollen verbessert werden und die Anschubfinanzierung für ambulant betreute Wohnformen sollen ausgebaut werden.
- Die Entwicklung von Angeboten altersgerechter Begleitung und technischer Unterstützungssysteme soll weiter gefördert und im Leistungskatalog des PflegeVG aufgenommen werden.
- Die Palliativmedizin soll ausgebaut werden.
- Die Hilfen zur Weiterführung des Haushalts sollen ausgebaut werden.
- Gute Pflege setzt qualifiziertes und motiviertes Personal voraus. Die Parteien wollen sich für Personalmindeststandards einsetzen und die Pflegeberufe aufwerten.
- Reformierung der Pflegeausbildung. Um die Transparenz und Nutzerorientierung zu verbessern, müssen Qualitätssicherungsverfahren wissenschaftlichen Standards genügen - auch im Hinblick einer Entbürokratisierung.
- Man will eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe schaffen um zu prüfen, wie die Rolle der Kommunen noch diesbezüglich weiter gestärkt werden kann.



Gesundheit ist ein hohes Gut

- Der paritätische Beitragssatz wird spätestens zum 1.1.2015 um 0,3 % erhöht. Die Mehreinnahmen daraus sollen für Leistungsverbesserungen in der Betreuung sowie zum Aufbau eines Pflegevorsorgefonds verwendet werden. In einem zweiten Schritt wird mit der Umsetzung des Pflegebedürftigkeitsbegriffs der Beitrag um weitere 0,2 % angehoben.

Meine Anmerkungen zu den Beschlüssen im Koalitionspapier:

Die Koalitionäre bleiben deutlich hinter den Erwartungen zurück. Wie diese Vorschläge „zusammengeschustert“ wurden, ist schon klar:

- Zusammenarbeit mit den Verbänden der Lobbyisten hat die Feder geführt.
- In dieser Vereinbarung wird kein Wort über die so nötigen finanziellen Entlastungen von Eigenbeteiligungen für die zu pflegenden Bedürftigen sowie für Angehörige verloren.
- Wenn die zukünftigen Beitragserhöhungen von 0,5% für Leistungsverbesserungen der Betreuung, für den Ausbau des Pflegevorsorgefonds und für die Umsetzung des neuen Begriffs der Pflegebedürftigkeit eingesetzt werden sollen, womit will man bei den Pflegekräften die Qualifizierungsanhebungen, Stellenverbesserungen und Besserbezahlungen finanzieren? Eine Frage, die auch nicht beantwortet wurde.

Die Zusammenfassung kann nur lauten: Es war wohl von den Koalitionsparteien Union und SPD nicht die Absicht, sich mit der Problematik „Pflege der Menschen“ im Zeitraum der Bildung einer neuen Bundesregierung auseinander zu setzen. Die verhandelnden Persönlichkeiten der drei Parteien wussten wohl sehr frühzeitig, dass sie kein verantwortungsvolles Amt erhalten. Der seit einigen Tagen ernannte Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe war schnell dabei, auf der Website des Ministeriums seine Devise festzuhalten: „Deutschland hat eines der besten Gesundheitssysteme der Welt“!

Lemwerder, Dezember 2013

Günter Steffen